



Gaza: Die Bevölkerung gibt ihren Widerstand nicht auf

Die Bilder gingen um die Welt. Das Massaker an zivilen Palästinenser_innen am 14. Mai 2018 im Gazastreifen an der Grenze zu Israel wird als schwarzer Tag in die Geschichte eingehen, genauso wie die Niederschlagung des Aufstands der schwarzen Arbeiter_innen gegen die Apartheid im südafrikanischen Soweto im Juni 1976.

Seit anderthalb Monaten schießen die Scharfschützen des israelischen Militärs wahllos in unbewaffnete Menschenmengen. Unter dem Vorwand Israels Grenzen zu verteidigen, ermordeten sie mehr als hundert Menschen, Männer, Frauen und Kinder, und verletzten über 2000 Demonstrierende. Angerichtet wurde das Blutbad auf Befehl der rechtsgerichteten israelischen Netanjahu-Regierung, an der die Ultra-rechten beteiligt sind.

US-Präsident Trump hofiert Netanjahu, damit Israel am Bündnis gegen den Iran teilnimmt. Deshalb wurde die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem vom israelischen Premierminister als grünes Licht für seine extremistische Politik verstanden. Dagegen sahen die Palästinenser_innen in ihr die klare Ablehnung ihrer Bestrebungen nach einem eigenen Staat.

Die Lage im Mittleren Osten gleicht einem Pulverfass

Bei der Staatsgründung Israels im Jahre 1948 wurden Hunderttausende Palästinenser vertrieben. 1967 wurden das Westjordanland und Gaza von Israel annektiert. Die Siedlungspolitik und in jüngerer Zeit die Blockade von Gaza durch Israel nach der Machtübernahme der radikalislamischen Hamas im Gazastreifen im Jahre 2007: Das alles erzeugt eine unerträgliche Situation für Millionen von Palästinensern. Nach vielen tragischen Wechselfällen mündete ihre Revolte nach den Oslo-Abkommen von 1993 in den Willen, einen palästinensischen Staat neben dem Staat Israel zu haben.

Doch Israel hat unaufhörlich alles getan, um die möglichen Gebiete für einen solchen Staat in Nichts aufzulösen. Hunderttausende israelische Siedler haben den reichsten Teil des Westjordanlands besetzt. Die Palästinenser sind in etwa sechzig überbevölkerten Enklaven eingeschlossen und werden schonungslos durch das israelische Militär kontrolliert. Die Bewohner von Gaza sind einer grausamen Blockade unterworfen; sie müssen mit Stromausfällen auskommen und überleben nur dank der internationalen Hilfe. Sie sind ständig den israelischen Bomben ausgesetzt. Aus ihren Bestrebungen nach einem palästinensischen Staat wurde nichts.

Perspektiven jenseits nationalistischer und kapitalistischer Sackgassen

Wenn die Bevölkerung Gazas unbewaffnet zu Zehntausenden vor den israelischen Streitkräften demonstrierte, war das nicht aus Sehnsucht nach dem Märtyrertod, wie die Hamas behauptet.

Die Arbeiter in Gaza und im Westjordanland lehnen sich gegen Elend und nationale Unterdrückung auf. Muss das zwangsläufig unter dem reaktionären Banner der Hamas geschehen? Gibt es auf der anderen Seite für die jüdischen Arbeitenden in Israel, deren materielle Lebensbedingungen und soziale Rechte sich auch verschlechtern, keine andere Zukunft, denn als Polizeikräfte für die Interessen der israelischen oder der amerikanischen bürgerlichen Klasse in dieser Region zu fungieren?

Sicher nicht. Ebenso wenig müssen die Arbeitenden in Deutschland der Politik der Bundesregierung folgen. Noch im März hat der neue Außenminister Maas betont: „Die Kontinuität unserer Nahost-Politik gilt. Unsere besondere Verbundenheit mit Israel wollen wir für die Zukunft stärken.“ Und jetzt hat die Bundesregierung noch nicht einmal für eine UN-Untersuchungskommission der Massaker gestimmt, weil man „Israels Interesse am Schutz seiner Grenzen“ nicht beeinträchtigen will. Die Bundesregierung steht an der Seite Israels und der USA, weil es gemeinsame geostrategische Interessen der Superreichen am Erdöl in der Region gibt. Das sind nicht unsere Interessen und die Regierung handelt nicht in unserem Namen!

Ständig wird uns eingehämmert, die Lage im Nahen Osten sei ein unentwirrbares Knäuel, das man nur durch Krieg entwirren könne. In Wirklichkeit macht diese Lage nur eines klar: Die Lösungen, die Trump, Netanjahu, die Hamas und die palästinensische Autonomiebehörde vorbringen, führen in eine Sackgasse. Sie zeigen den Bankrott des Nationalismus.

Die Zukunft der palästinensischen und israelischen Arbeitenden ist der Internationalismus. Die Mauern und Stacheldrähte, die die bürgerliche Klasse baut, um diese Arbeitenden zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen, müssen zerstört werden.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Augenkoller

Die S-Bahn-Geschäftsführung hat mit geschicktem Gerede doch noch ZAT-FM in Schönhauser Allee und Strausberg mit dann sechs Bildern auf dem einen Monitor im Führerstand durchgesetzt mit dem Versprechen: „wir streben zukünftig bessere Bildqualität an“. Es gab auch mal die Absicht einen neuen Flughafen zu eröffnen.

In der Klemme

Als kürzlich ein Fahrgast in Schöneweide eingeklemmt wurde, wurde der Kollege zunächst suspendiert und zur „Klärung des Sachverhalts“ zum Personalgespräch geladen. Soweit, normal?

Aber werden nicht solche Vorfälle noch mehr zunehmen, je länger es ZAT und die damit verbundenen hohen Arbeitsbelastungen gibt, je mehr die Fahrgäste entnervt sind und wir auch? Und dann, wenn was passiert, sitzen neben den Fahrgästen auch wir in der Klemme und haben die Unsicherheit, obwohl wir alles richtig gemacht haben, oder jedenfalls darauf hoffen. Denn hundertprozentig ist wohl keiner, auch wenn die Geschäftsführung das von uns verlangt, auch bei bekannten toten Winkel.

Die S-Bahn tut so, als würden sie ganz wirklich die Sachen ernst nehmen. Aber besser wäre vorher so was zu vermeiden, als hinterher „aufzuklären“ - die Bahnhöfe müssen wieder mit Kollegen besetzt werden und Entlastung muss her!

Mit Ansage

Nach dem Unfall in Aichach kam raus, dass die Transdev als privates Eisenbahnverkehrsunternehmen Ende Februar schon den Bahnvorstand wegen der unzureichenden Sicherheitsstandards kritisiert hat. Es hatte einen Beinahe-Zusammenstoß eines Güterzuges mit einem Transdev-Regio gegeben: Die Antwort der DB: alle Stellwerke seien zugelassen, es gäbe ein Maßnahmenpaket, dazu gehörten auch...bessere Aus- und Weiterbildung (!)

Aber die EUB hatte spätestens nach dem Unfall in Bleicherode 2011 „empfohlen“, dass Gleisfreimeldeanlagen eingebaut werden sollten. Dass war aber selbst in Bleicherode nicht passiert, wie die EUB im Herbst 2017 feststellte. Jetzt ist der Ton der EUB ein bisschen schärfer.

Und die DB ist so frech heute zu behaupten, alles wäre ok, „sicherheitsrelevante Fragen werden diskutiert“. Sie quatschen sich die Welt, wie sie ihnen gefällt.

Diese Frechheit hat einen auf den Deckel verdient

Wirtschaftsvertreter der Berliner CDU haben kürzlich beschlossen, dass Menschen unter 50 Jahren künftig überhaupt kein Hartz IV mehr bekommen sollten, wenn sie nur einmal einen Job ablehnen. Angeblich gäbe es ja so viele Stellen. Diese Kollegen seien im Grunde selber Schuld, wenn sie arbeitslos wären.

So drehen die Wirtschaftsvertreter und Politiker ihr Märchen von quasi-Null-Arbeitslosigkeit gegen uns: die Arbeitslosen sollen noch mehr unter Druck gesetzt werden

und jeden noch so schlechten Job annehmen. Die Wirtschaft freut das, sie entlassen einerseits und streichen die einigermaßen guten Jobs (jetzt aktuell gibt's neue Entlassungspläne bei Deutsche Bank, Osram, Gillette...) und andererseits steigern sie ihre Gewinne durch prekäre Jobs. Win-win für die Unternehmen, es sei denn, wir organisieren uns dagegen und stellen uns auf die Hinterbeine.

Es kocht

Ist es ein Glück, dass die 485er bei der Hitze auch mal ausfallen? Das bringt jedenfalls eine extra Pause und der Chefetage fällt auch keine Ausrede mehr ein, warum es bei Hitze auf dem '85er nicht mehr Pausen gibt.

300 EUR für alle, mindestens, und mehr freie Zeit

Die nächsten Tarifrunden bei der DB rücken näher. Statistisch und echt gefühlt steigen die Preise ständig, dazu ist das alte ÖPNV-Ticket weg, in vielen Bereichen gibt's ohnehin viel zu wenig... Wieviel mehr könnte jeder von uns gebrauchen? Ganz ehrlich gerechnet?

300 EUR für alle mindestens sind sicher nicht zu wenig. Von einem solchen festen Betrag würden auch alle profitieren, vor allem die unteren Entgeltgruppen. Schließlich braucht man als Reinigungskraft oder Schlosser nicht weniger Geld mehr als als Teamleiterin oder sog. Führungskraft. Wenn es nur um Prozente ginge, würden diejenigen in den oberen Entgeltgruppen mehr bekommen als die in den unteren. Aber warum? Der Vermieter oder an die Leute an der Tankstelle fragen ja auch nicht nach unserer Entgeltgruppe und passen dann die Beträge an.

Und dann brauchen wir mehr freie Zeit, vor allem an den Wochenenden. Nach drei Wochenenden arbeiten eines frei, da merkt man jetzt ganz besonders wo das Wetter schöner wird und man sich verabreden will, dass das ein Riesenproblem ist.

Also seien wir nicht bescheiden, die Vorstände der DB sind es auch nicht.

Frankreich: Der Streik rollt weiter

Der Streik der Bahner_innen der SNCF geht weiter mit dem Rhythmus 2 Tage streiken/3 Tage arbeiten. Sie halten durch! Die Bahner wollen aber nicht isoliert bleiben, deshalb haben sie am 22. Mai zusammen mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes demonstriert, auch wenn der 22. Mai nach dem Streikkalender eigentlich kein Streiktag war. Die Streiktage sind sowieso nicht bezahlt, ein Streikgeld gibt es nicht. Aber das SNCF-Management versucht noch dazu die Löhne weiter zu kürzen, indem sie auch die geplanten Ruhetage zwischen den Streiktagen nicht bezahlen. Am 26. Mai, Samstag, ist eine große Demonstration gegen den Präsidenten Macron angekündigt. Alle, die jetzt kämpfen – die Bahner, die Angestellten von Air France und der Krankenhäuser und so weiter – werden an der Spitze der Demo laufen. Die Bahner von Gare de l'Est (Ostbahnhof Paris) haben dazu ein 20 Meter langes Transparent gemacht: „Faisons tous dérailler Macron“ - Bringen wir Macron zum Entgleisen!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

flugblatt_bahn@gmx.de || www.sozialismus.click || facebook: RSO Deutschland